

Pressemitteilung

Berlin nähert sich einem Modellversuch zum Grundeinkommen

- **Berliner Senat erklärt Antrag auf Volksbegehren der Expedition Grundeinkommen für rechtlich zulässig - nun befasst sich das Abgeordnetenhaus mit dem Gesetzentwurf für einen Modellversuch**
- **Sammelphase für Volksbegehren startet voraussichtlich im Spätsommer 2021 - Expedition fordert Senkung der Unterschriftenhürden für Volksbegehren**
- **Bundesweite Kampagne „Bring das Grundeinkommen an den Staat!“ erfolgreich angelaufen: 60.000 Anmeldungen in mehr als 4.000 Orten, bisher 18 qualifizierte Städte und Gemeinden**

Berlin, 30. März 2021. Der Berliner Innensenat hat den im November 2020 eingereichten Antrag auf Volksbegehren der Expedition Grundeinkommen [am heutigen Dienstag für rechtlich zulässig erklärt](#). Innerhalb der **kommenden vier Monate** wird sich das Berliner Abgeordnetenhaus mit dem Antrag befassen:

- **Sofern das Parlament den Antrag annimmt, wird der Gesetzentwurf der Expedition Grundeinkommen automatisch umgesetzt.** Er regelt im Detail, wie ein Modellversuch zum Grundeinkommen im Land Berlin ausgestaltet wäre.
- **Sofern das Parlament den Antrag ablehnt, wird die Expedition Grundeinkommen die Durchführung eines Volksbegehrens beantragen – jedoch nur, wenn sich bis dahin 1 % der Berliner Bevölkerung [auf der Kampagnen-Website](#) für die Teilnahme an einem bundesweiten Modellversuch ausgesprochen haben.** Diese Schwelle hat sich die Expedition Grundeinkommen als Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung eines Volksbegehrens in Zeiten von Corona selbst gesetzt.

Im Fall der Ablehnung würde die **zweite Sammelphase für Berlin in fünf bis sechs Monaten, also im Spätsommer**, beginnen. Für einen Erfolg des Volksbegehrens müssten dann 7 % der Wahlberechtigten (ca. 175.000 Menschen) innerhalb von vier Monaten unterschreiben. Erst danach ist der Volksentscheid vorgesehen: Er wäre erfolgreich, wenn sich mindestens 25 % der Wahlberechtigten beteiligen und davon die Hälfte für den Modellversuch stimmt.

„Damit kommt das Land Berlin einem repräsentativen Modellversuch zum Grundeinkommen einen großen Schritt näher“, sagt Joy Ponader,

Gründer*in der Expedition Grundeinkommen. Der Berliner Modellversuch würde Teil der im Februar gestarteten bundesweiten Kampagne der Expedition Grundeinkommen („Bring das Grundeinkommen an den Staat!“), für die sich bisher mehr als 60.000 Menschen in über 4.000 Orten angemeldet haben. Insgesamt sollen 10.000 Menschen für drei Jahre ein Grundeinkommen erhalten, davon 3.500 in Berlin.

Expedition fordert Senkung der Unterschriftenhürden für Volksbegehren

Gerade erst hat das Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen, die **Quoren für Unterschriftensammlungen zur kommenden Landtagswahl stark zu senken**. Mehrere kleine Parteien hatten vor dem Berliner Verfassungsgericht geklagt. Unterschriftensammlungen sind demnach durch die Corona-Pandemie derzeit stark erschwert und widersprechen dem Ziel, die Zahl der Infektionen einzudämmen. Dabei senkte das Parlament allerdings nicht analog die erforderliche Zahl der Unterschriften für Volksbegehren.

Die Expedition Grundeinkommen fordert, dies nachzuholen: „Das Verfassungsgericht hat recht: Unterschriftensammlungen auf der Straße passen mit Corona nicht zusammen“, sagt Joy Ponader. „Es kann nicht sein, dass wir alles tun sollen, um Kontakte zu vermeiden, dann aber auf diese Begegnungen angewiesen sind, um unser Volksbegehren zum Erfolg zu führen. Demokratie und Pandemiebekämpfung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Daher muss das Berliner Landesparlament auch die **Anforderungen an Volksbegehren so senken, dass die Unterschriftensammlung auch digital erfolgreich sein kann.**“

Sollte die Forderung vom Berliner Abgeordnetenhaus nicht aufgegriffen werden, erwägt die Expedition Grundeinkommen, ebenfalls Klage vor dem Verfassungsgericht einzureichen.

Bundesweite Kampagne mit ersten Erfolgen

Die [bundesweite Kampagne „Bring das Grundeinkommen an den Staat!“](#) zeigt zugleich erste Erfolge. „Wir sind sehr glücklich, dass sich bereits **18 Orte** qualifiziert haben, darunter größere Städte wie Lüneburg. Weitere 21 Städte und Gemeinden liegen bei über 50 % des Qualifizierungsziels“, so Ponader.

Über Bürgerbegehren in möglichst vielen Städten und Gemeinden will die Expedition einen bundesweiten staatlich finanzierten Modellversuch zum bedingungslosen Grundeinkommen auf den Weg bringen. Damit entscheiden die Wähler*innen selbst, ob ihre Stadt oder Gemeinde am Modellversuch teilnehmen wird.

Ein zu Berlin inhaltsgleiches Volksbegehren wurde **auch in Hamburg und Bremen** gestartet. In Bremen läuft die Unterschriftensammlung derzeit. Die im März 2020 in Hamburg erfolgreich eingereichte inhaltsgleiche Volksinitiative für einen Modellversuch liegt aufgrund des Einspruchs durch den Hamburger Senat aktuell beim Hamburger Verfassungsgericht. Eine Entscheidung ist in den nächsten Monaten zu erwarten. Eine Übersicht zur bisherigen Befassung mit der Hamburger Volksinitiative findet sich [hier](#).

Presseinformation

- [Pressemitteilung der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales](#)
- Diese Pressemitteilung finden Sie [hier](#) auch online als PDF.
- Weiterführende Fragen zur bundesweiten Kampagne beantworten wir [in unserer Informationsbroschüre](#) und in den [FAQ auf der Website der Expedition Grundeinkommen](#).
- [Pressefotos](#) können Sie in unserem Online-Speicher herunterladen und frei verwenden. Bitte geben Sie „Expedition Grundeinkommen“ als Quelle an.

Pressekontakt

Mark Appoh
030 959997-22
presse@expedition-grundeinkommen.de
www.expedition-grundeinkommen.de